Newsletter

Ausgabe 1/2017

Olaf Kosinsky/Skillshare.eu

Der Schulzzug macht halt in Hannover!

Mehr Infos auf Seite 4

Liebe Genoss*innen in Niedersachsen,

believe the hype! Der Schulz-Zug rollt unaufhaltsam, die Umfragewerte gehen durch die Decke und im Verband herrscht eine bisher unbekannte Euphorie. Da kommen wahrhaft Frühlingsgefühle auf. Bei aller Freude werden wir Jusos natürlich sehr genau hinsehen, dass nicht nur die richtigen Personen, sondern auch die entscheidenden Inhalte zur Wahl stehen. Aktuell arbeiten wir mit am Wahlprogramm der SPD Niedersachsen und versuchen so möglichst viele unserer jugendpolitischen Forderungen einzubringen. Außerdem sind wir derzeit ganz fleißig bei der Vorbereitung unseres Juso-Verbandswochenende Ende des Monats in Cuxhaven. Dazu seid ihr selbstverständlich herzlich eingeladen, einen kleinen Teaser dazu findet ihr hier auf den folgenden Seiten.
Viel Spaß beim Lesen wünschen euch eure Jusos Niedersachsen!

Arne Zillmer,
stellv. Landesvorsitzender

Folgt, likt, teilt und addet.

facebook.com/JusosNDS

twitter.com/JusosNDS

jusos_nds

JUSOS Niedersachsen

Liebe Genossinnen und Genossen,

Grußwort von Boris Pistorius (niedersächsischer Minister für Inneres und Sport)

Boris Pistoris
ist seit 2013 Minister für Inneres und Sport. Von November 2006 bis Februar 2013 war er Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück.

ein richtungsweisendes Wahljahr steht uns in Deutschland sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene bevor. Das eigentliche Ende dieses Wahljahres markieren die Landtagswahlen bei uns in Niedersachsen, auch wenn sie knapp ins Jahr 2018 fallen. Ein ganz zentrales Thema, das die Menschen sehr beschäftigt, wird dabei zweifellos die Innere Sicherheit sein. Das liegt natürlich auch am Erstarken des Rechtspopulismus in Europa und an der erhöhten Terrorgefahr durch den radikalen Islamismus, die uns mit dem Anschlag in Berlin nochmal auf furchtbare Weise vor Augen geführt wurde.
Vor diesem Hintergrund ist es unbedingt notwendig, dass wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sicherheitspolitisch klar positionieren und den Menschen gegenüber verdeutlichen, wofür wir stehen: Was sind in der heutigen Zeit die Eckpfeiler sozialdemokratischer Sicherheitspolitik? Was macht sie aus? Was unterscheidet sie?

Die Philosophie der SPD in diesem wie in allen anderen Zusammenhängen wird auch auf dem Feld der inneren Sicherheit klar: für uns steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Staat. Um aber ein höchstmögliches Sicherheitsniveau zu erreichen, müssen wir den Staat auch mit starken Ressourcen ausstatten - damit er den Menschen ein erforderliches Grundmaß an Sicherheit bieten kann. Einen schwachen Staat können sich in diesem Zusammenhang nur diejenigen leisten, die viel Geld haben – und sich die erforderliche Sicherheit leisten können, insbesondere was das höchstpersönliche Umfeld angeht. Gleichzeitig warne ich aber davor, die Staatsräson zum Selbstzweck werden zu lassen. Die Sicherheitsbehörden müssen natürlich nicht unreflektiert mit gesetzlichen Kompetenzen ausgestattet werden, wenn die Sicherheitslage das nicht erfordert. Das würde weder der SPD, noch unserem gesellschaftlichem Klima und schon gar nicht unserer eigenen Geschichte gerecht.

Viele Konservative vermitteln sehr bewusst den Irrglauben, mit ungezügelter Erweiterung der Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden könne absolute Sicherheit hergestellt werden. Diesen Eindruck den Menschen gegenüber zu erwecken, ist unehrlich und ich behaupte sogar, bewusst irreführend, denn eine absolute Sicherheit kann es nun einmal nicht geben. Viele links von uns misstrauen dagegen der Polizei und den Sicherheitsbehörden aus ihren ideologischen Grundsätzen heraus übermäßig und wehren sich prinzipiell gegen eine personelle Stärkung und Ausweitung ihrer Kompetenzen.

Beide Ansätze sind falsch und nicht zielführend. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wählen den Weg zwischen diesen Extremen und stellen das ausgleichende Element dar. So viel wie nötig und so wenig wie möglich. Angemessen und orientiert am Hier und Jetzt entscheiden wir mit Augenmaß, an welchen Stellschrauben wir wann drehen müssen und wo es konkret erforderlich ist, die Situation der Polizei und des Verfassungsschutzes sinnvoll und punktuell zu verbessern.

Ein Dreiklang aus Prävention, angemessener Repression und einer der Sicherheitslage angemessen aufgestellten Polizei ist dabei maßgebend für eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik. Daran orientieren wir uns auch als Nds. Landesregierung und haben in den letzten fast vier Jahren vieles umgesetzt. Im Bereich Salafismusprävention wurden z.B. entsprechende Stellen beim Verfassungsschutz, beim LKA oder Beratungsangebote durch den Verein „beRATen e.V." geschaffen und miteinander vernetzt. Mit dem „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus" haben wir auch durch eine stärkere Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren die Kriminalprä-

prävention von rechter Gewalt gestärkt.

Die präventiven Maßnahmen sind wichtig, der Staat muss aber gleichzeitig deutlich machen, dass er jederzeit wehrhaft ist – und zwar gegenüber Extremisten jeglicher Couleur. Gegen radikale Islamisten und Salafisten beispielsweise, die unseren Staat und unsere Grundwerte ablehnen, gehen wir in Niedersachsen mit repressiven Mitteln vor, wenn es notwendig und geboten ist. Das zeigen das Verbot des „Deutschsprachigen Islamkreises" (DIK) in Hildesheim und unser Maßnahmen- und Sicherheitspaket, mit dem wir das Niedersächsische Polizeigesetz maßvoll weiter an die neue Bedrohungslage anpassen. Auch die Festnahmen der Terrorverdächtigen in Göttingen und Northeim vor wenigen Wochen zeigen eindeutig, dass unsere Sicherheitsbehörden äußerst wachsam sind und konsequent eingreifen, bevor es zu möglichen Anschlägen kommen kann.

Angesichts der in den vergangenen Jahren gewachsenen Bedrohungslage muss die Polizei personell als auch technisch besser ausgestattet werden, auch angesichts der hohen Zahl der Straftaten in den Bereichen Wohnungseinbrüche und Cybercrime. Gerade der Bereich der Internetkriminalität in seinen unterschiedlichen Facetten wird zukünftig zu einer der Hauptaufgaben der Polizei. Wir haben in Niedersachsen deshalb dafür gesorgt, dass es so viele Stellen bei der Polizei gibt wie noch nie in der Landesgeschichte und auch die Anzahl der Polizei-Anwärterinnen und Anwärter erheblich erhöht. Diese Maßnahmen sind die Grundpfeiler für die Zukunftsfähigkeit unserer Polizei. Sehr wichtig ist mir gleichzeitig aber auch, dass wir als SPD Ruhe und Besonnenheit ausstrahlen und das vor allem in diesen hektischen Zeiten, in denen sich selbst bürgerliche Parteien geradezu hyperventilierend mit Forderungen nach Gesetzesverschärfungen und mehr Personal nur so überbieten. Während dort immer noch über die „Obergrenze" oder die grenzenlose Ausweitung der Abschiebehaft diskutiert und über die Kursrichtung gestritten wird, bilden wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine geschlossene Einheit in diesen Grundsatzfragen.

Wir laufen nicht irgendwelchen dumpfen, rechtspopulistischen Parolen hinterher aus Angst, Wählerstimmen zu verlieren und versuchen nicht uns gegenseitig mit dem Bleifuß auf dem rechten Gaspedal zu überholen.

Wir stehen einem solchen kopflosen Aktionismus stattdessen mit einer besonnenen und gut abgewogenen Sicherheitspolitik gegenüber.

Wir nehmen die Sorgen und Bedürfnisse der Menschen ernst und passen unsere Politik und Maßnahmen an die sich dynamisch verändernde Sicherheitslage an – ohne ideologische Scheuklappen und vor allem ohne unseren Grundsatz zu vergessen: Der MENSCH steht im Mittelpunkt, gerade wenn es um Innen- und Sicherheitspolitik geht!

Wir setzen uns für eine Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und für ein weltoffenes Klima ein, anstatt mit immer extremeren Positionen die Verunsicherung in der Bevölkerung zu schüren und einen Keil in die Gesellschaft zu treiben.

Das war und ist die Ausrichtung der Sozialdemokratie in unserer langen Parteigeschichte und genau so werden wir auch in die kommenden Wahlkämpfe gehen. Ich bin überzeugt, wenn wir gemeinsam diese Linie weiter verfolgen und für eine vernünftige und ausgewogene Sicherheitspolitik streiten und kämpfen, werden wir wieder viele Menschen für uns gewinnen können. Das gilt für die Bundestags- wie auch für die Landtagswahlen.

Herzliche Grüße
Boris Pistorius

Arne und Leo am Juso-Stand auf der „Date My Organisation“

Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung

Unpolitische Jugend? Von wegen!

Für den 22. Februar hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen zur jugendpolitischen Messe „Date my Organisation“ nach Hannover in die ver.di-Höfe eingeladen. Neben der Amnesty International Hochschulgruppe, dem Bezirksjugendwerk der AWO, der DGB-Jugend Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt, den Die Falken - SJD Niedersachsen, dem Fanprojekt Hannover, der IG BCE Jugend, der IG Metall Jugend Hannover, der Junge Presse Niedersachsen, dem LandesSchülerRat Niedersachsen, der SoVD-Jugend Niedersachsen, dem Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover und der ver.di Jugend Hannover / Leine-Weser hatten auch wir Jusos Niedersachsen die Möglichkeit, uns den Jugendlichen mit einem Info-Stand zu präsentieren. Angereist waren vor allem Schüler*innen aus dem Hannoveraner Umland mit ihren Lehrer*innen, die zu Beginn der Messe für mehrere „Speed-Dating“-Runden zwischen den anwesenden Organisationen wählen konnten. Im Rahmen dieses „Speed-Datings“ entstanden viele nette Gespräche mit den Jugendlichen, die uns mit all ihren Fragen löcherten. Neben zu erwartenden Standartfragen („Wie viele Mitglieder habt ihr?“; „Warum sollte man gerade bei euch mitmachen?“; usw.) ergaben sich ziemlich schnell politische Diskussiwonen zu verschiedenen aktuellen Themen. Einige Schüler*innen zeigten sich sehr überrascht über unsere Forderungen zur Entkriminalisierung von Cannabis und befürworteten auch gleich unsere Ideen zu einer legalen und kontrollierten Abgabe unter Einhaltung des Jugendschutzes.
Die eigentlich wichtigste Erkenntnis des Tages war uns jedoch schon vorher klar: Die Jugend ist an sich ganz und gar nicht unpolitisch! Viele interessieren sich für aktuelle Geschehnisse und wollen sich auch einbringen, wissen aber eben oft nicht, wo und wie. Umso wichtiger, dass die FES Niedersachsen zu einer solchen Messe eingeladen hatte!

Von Arne Zillmer

Foto: Reddit

Martin Schulz in Hannover

Der Schulzzug ist mit hoher Energie auf dem Weg ins Kanzleramt. Am 12. April macht er aber in Hannover halt.
Ab 18:00 Uhr heißt es im Capitol: „Es ist Zeit für soziale Gerechtigkeit. Es ist Zeit für Martin Schulz.“

Um dabei zu sein meldet euch bitte per Mail im Büro von Stephan Weil an (info@stephanweil.de).

Wir freuen uns auf Euch!

Grab ‘em by the Patriarchy!

Am 08.03.2017 war der internationale Frauen*-kampftag. Feminismus ist noch stets ein brandaktuelles Thema. Der bereits um den zweiten Weltkrieg entstandene Tag steht für die Emanzipation von Frauen, die Hand in Hand für mehr Gleichberechtigung kämpften. Ziele wie beispielsweise ein einheitliches Wahlsystem wurden erfolgreich erreicht und auch die Rechte von Frauen wurden über die Jahrzehnte gestärkt. Jedoch ist der Kampf um Gleichstellung noch nicht vorbei! Die letzten Wochen und Monate wurde auf erschreckende Weise deutlich, wie sehr sexistische Diskriminierung und rückwärtsgewandtes Gedankengut die Rechte von Frauen* bedrohen – weltweit, in Deutschland, bei uns vor Ort in Niedersachsen. Der sogenannte „mächtigste Mann der Welt“, der US-Präsident Donald Trump, prahlte damit, wie er Frauen ungestraft belästigte („grab ‚em by the pussy“). In Polen konnte nur dank massenhafter Proteste ein äußerst strenges Abtreibungsgesetz verhindert werden. Und auch in Niedersachsen gab es Bestrebungen durch Kliniken oder Ärzte, Frauen ihr Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper zu nehmen.

Dies alles sind nur einige ausgewählte Beispiele, die verdeutlichen wie wichtig der Kampf gegen Sexismus und für Feminismus ist. Jetzt heißt es wirklich für alle Ladies, Frauen*, Bitches, Dykes, Drags, Sluts und Grrrl’s: Zeit, die Krallen auszufahren und die Welt feministischer zu machen!

Obwohl Frauen* schon vor Jahrzehnten begonnen, für gleichberechtigte Arbeitsbedingungen und gleichwertigen Lohn zu kämpfen, zeigt uns auch dieses Jahr wieder der Equal Pay Day, wie weit wir von diesem Ziel noch entfernt sind.

Was ist der Equal Pay Day?

Der Equal Pay Day steht jedes Jahr symbolisch für den Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern. Erst am 18.03.2017 ist Zahltag! Das heißt Frauen haben die ersten 77 Tage dieses Jahres umsonst gearbeitet, im Gegensatz zu ihren männlichen Arbeitskollegen.

Dabei könnte es so einfach sein: unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Sexualität oder Herkunft sollte allen Menschen in öffentlichen als auch in privaten Unternehmen der gleichberechtigte Lohn bezahlt werden. Ein Vorbild soll das diesjährig beschlossene Gesetz Islands sein, welches gleichen Lohn bei gleicher Position garantiert.

Darüber hinaus ist die Kategorisierung zwischen Frauen- und Männerberufen mehr als veraltet. So sollten auch Frauen, die in Berufen arbeiten, welche von der Gesellschaft immer noch als „Frauenberufe“ gelten und deshalb geringfügiger entlohnt werden, am Ende des Monats nicht weniger Geld bekommen.

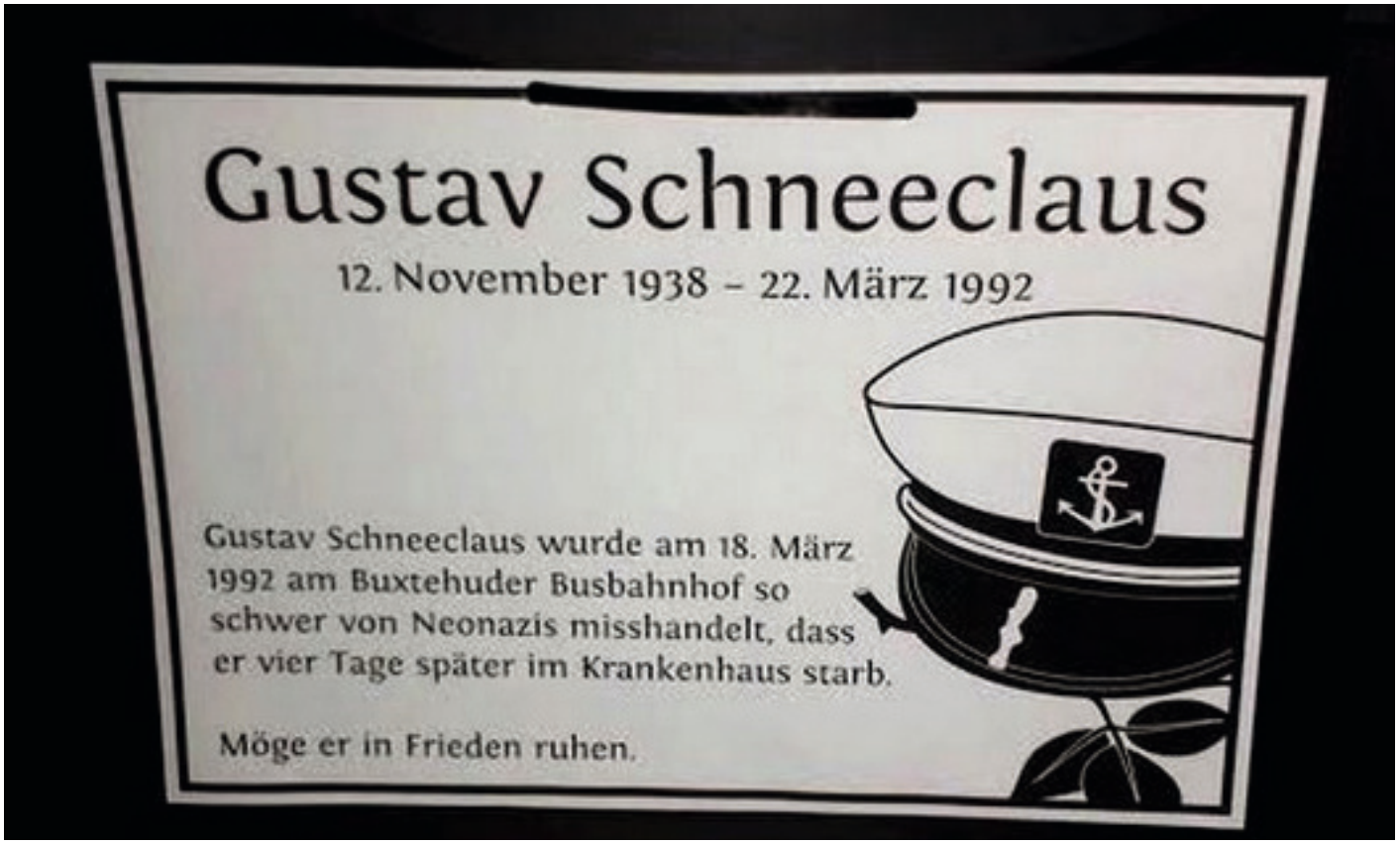
Wir fordern gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit!

Von Johanna Schmidt

Fun, fun, fun beim Verbandswochenende

Liebe Genoss*innen, liebe Interessierte, vom 31.3. bis 2.4. veranstalten wir wieder ein Juso-Verbandswochenende! Dieses Mal geht’s an die Nordseeküste, an den plattdeutschen Strand nach Cuxhaven. Auf euch warten interessante Workshops, prominente Gäste und jede Menge Input für eure hübschen Köpfe.
Mit dabei sind u.a. die stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Svenja Haarmann, Wirtschaftsstaatssekretärin Daniela Behrens, die Betriebsratsvorsitzende von Airbus Hamburg Sophia Kielhorn und viele weitere tolle Gäste.

Deine Teilnahme, die Verpflegung sowie die Übernachtung sind, ob Juso oder Nichtmitglied, kostenfrei. Deine Fahrtkosten werden Dir erstattet. Bei erfolgter Anmeldung und unentschuldigtem Fehlen müssen wir Dir jedoch eine Ausfallpauschale i.H.v. 15 € berechnen. Anmelden kannst du dich unter steffen.klimmeck@jusos-niedersachsen.de und alle Infos gibt es auf unserer Homepage: http://jusos-nds.de/aktuell/termine/2017/499640.php



Damals wie heute: Rechte Gewalt unmöglich machen!

Kundgebung: 25 Jahre Gedenken an Gustav Schneeclaus und alle Opfer rechter Gewalt. 22. März, 18 Uhr, Gedenkplatte am Buxtehuder ZOB.

Vor nun fast genau 25 Jahren, am 18. März 1992, wurde der Kapitän Gustav Schneeclaus in Buxtehude von zwei Neonazis brutal zusammengeschlagen. Vier Tage später erlag er im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen und verstarb.

Nachdem Gustav Schneeclaus damals die Wohnung seiner Freundin in Buxtehude verließ, traf er am Busbahnhof auf eine Gruppe Nazi-Skinheads, unter ihnen der damals 19-jährige Stefan S. (heute W.) und der 26-jährige Stephan K. Sie kamen ins Gespräch und begannen Alkohol zu trinken. Als Schneeclaus sich negativ über Hitler äußerte, wird er von den beiden Neonazis geschlagen und getreten. Die Täter flüchteten zunächst mit einem Auto, kehrten aber kurze Zeit später mit einem schweren Kantholz bewaffnet wieder zurück. Erneut schlugen sie auf Gustav Schneeclaus ein, bis dieser blutüberströmt am Boden liegen blieb.

Die Neonazis werden kurz nach der Tat gefasst und kommen in Untersuchungshaft. Stefan S. wird zu sechs Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Haftentlassung avanciert er zu einer überregional bekannten Größe der rechten Szene. Ab 2005 betreibt S. das Geschäft „Streetwear Tostedt“ und etabliert damit einen der größten Szene-Läden im norddeutschen Raum.

Schon seit Ende der 1980er Jahre gehört die Gegend um Tostedt zu den Schwerpunktgebieten extrem rechter Aktivitäten. Immer wieder kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen und brutalen Überfällen durch Neonazis, regelmäßig rangiert Tostedt in der Statistik „rechtsextremer Straftaten“ in Niedersachsen auf einem der vordersten Plätze. Die Gewalt, mit der die Neonazis vorgehen, erreichte dabei 2010 eine neue Dimension: Bei einem nächtlichen Angriff im Mai 2010 versuchten mehr als ein Dutzend Neonazis die Wohnung eines antifa-

schistischen Jugendlichen zu stürmen, dabei setzten sie Knüppel und Spaten als Waffen ein und verletzten dabei mehrere Menschen teils schwer. Nur einen Monat zuvor brachen im benachbarten Hollenstedt mit Schlagringen und Pfefferspray bewaffnete Neonazis in das Familienhaus eines alternativen Jugendlichen ein. Regelmäßig werden vor allem junge Menschen und deren Familienangehörige bedroht, verfolgt und angegriffen, wenn sie sich offen gegen Neonazis äußern. Ziel der Gewalt der Neonazis ist es, die Region für alternative Jugendliche, Andersdenkende und Antifaschist*innen zu einer „No-Go-Area“ zu machen.

Auch wenn die hiesigen Nazis zuletzt weniger aktionsorientiert auftraten und sich Stefan W. nicht mehr für das zum Online-Shop gewordene Geschäft rund um „Streetwear Tostedt“ verantwortlich zeigt, besteht noch immer ein großes Aggressions- und Mobilisierungspotential. In jüngster Zeit nutzten die örtlichen Neonazis vor allem die öffentlichen Debatten über die aktuellen weltweiten Migrationsbewegungen für ihre Agitation. Beispielsweise versuchten Rechte mit einer öffentlichen Kundgebung im benachbarten Buchholz unter dem Motto „Asylflut stoppen“ im April 2016 gezielt Menschen aus dem bürgerlichen Spektrum anzusprechen, was jedoch dank lautstarker antifaschistischer Proteste misslang.

Darüber hinaus häufen sich in der nord-niedersächsischen Provinz auch extrem rechte Vorfälle, die zwar nicht dem dezidiert gewaltbereitem Neonazi-Spektrum zuzuordnen sind, jedoch ein alarmierender Ausdruck des aktuellen gesellschaftlichen Rechtsrucks sind. So beschäftigen derzeit z.B. Anhänger der in weiten Teilen rechtsextremen und antisemitischen „Reichsbürger“-Bewegung die Behörden im Landkreis Harburg, erst im November 2016 wurden während einer Polizeirazzia bei einem mutmaßlichen Reichsbürger in Neu Wulmstorf mehrere Waffen gefunden. Weiterhin kam es im Januar diesen Jahres zu einer rassistisch-motivierten Messerattacke auf einen Syrer im Buxtehuder Stadtpark. Taten wie diese sind Ausdruck eines menschenverachtenden Weltbilds, welches im Zuge der aktuellen gesellschaftlichen Debatten von Neonazis, AfD, Pegida & Co. stets weiter befeuert wird. Damals wie heute bestimmen sozial-chauvinistische Töne die Diskussion. Geflüchtete und Zugewanderte werden nach ihrer Verwertbarkeit für den „Standort Deutschland“ bewertet und Menschen, die wie auch der erwerbslose Schneeclaus zu gesellschaftlich marginalisierten Gruppen gehören, geraten in das Fadenkreuz sozialdarwinistischer Rhetorik von Rechts.

Umso wichtiger wird in dieser Zeit unser Gedenken. Wir kannten Gustav Schneeclaus nicht persönlich und wissen nicht viel von ihm. Ihn zog es in die Ferne und das Meer war sein Zuhause. Wir wissen jedoch, dass er mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hielt, wie am 18. März vor fast 25 Jahren. Auch wenn wir ihn nicht kannten, so zollen wir ihm für seinen Mut unseren Respekt, denn Schneeclaus hatte die Courage, selbst im Angesichts glühender Hitler-Verehrer nicht über die nationalsozialistischen Verbrechen zu schweigen. Heute ist es an uns, die Wahrheit aussprechen - so wie es Gustav Schneeclaus tat - und die Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus als das bezeichnen, was sie waren: Die größten Verbrechen in der deutschen Geschichte. Gerade dann, wenn ein AfD-Politiker wie Björn Höcke das Berliner Shoa-Mahnmal offen als „Mahnmal der Schande“ bezeichnet, wird unser entschlossener antifaschistischer Einsatz umso notwendiger.

Anlässlich des 25. Todestages von Gustav Schneeclaus und angesichts der aktuellen Welle rechter Gewalt wollen wir gemeinsam mit euch auf die Straße gehen, vor Ort gedenken und ein starkes Zeichen für ein solidarisches Miteinander setzen.

Kommt darum zur Gedenk-Kundgebung am 22. März um 18 Uhr am Buxtehuder ZOB. Im Anschluss wird es eine Informationsveranstaltung im Kulturforum am Hafen geben.

Aktuelle Infos: facebook.com/schneeclausgedenken

Impressum

V.i.S.d.P. Leonard Kuntscher, Landesvorsitzender

Juso-Landesverband Niedersachen
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Fon: (0511) 1674-233
Fax: (0511) 1674-211
E-Mail: info@jusos-niedersachsen.de

Jetzt mitmachen: Sammelanfragen an Verfassungsschutz und LKA

Gemeinsam mit unseren Freund*innen von der Grünen Jugend wollen wir ein Zeichen gegen die Diskriminierung von antifaschistischer Arbeit setzen. Dafür brauchen wir eure Hilfe! Wir wollen zusammen gesammelt von möglichst vielen Mitgliedern Auskunftsersuchen an den niedersächsischen Verfassungsschutz und das LKA richten. Sie müssen euch dann antworten, ob Daten über euch gesammelt wurden oder nicht. Ihr habt durch die Anfrage keine Nachteile oder ähnliches zu befürchten. Hintergrund der Aktion ist die zunehmende Kriminalisierung von antifaschistischer Arbeit, von der zum Teil aus unsere Mitglieder betroffen sind. Dabei werden vermehrt Ermittlungsverfahren eröffnet, die mit zunehmender Hartnäckigkeit in die Länge gezogen werden. Oft verlaufen diese Verfahren im Sande oder werden im Strafverfahren beendet. Wer sich ehrenamtlich gegen Rechts stark macht, sollte keine unverhältnismäßigen Ermittlungsverfahren fürchten müssen. Die Sicherheitsbehörden sollten Menschen, die sich für unsere Gesellschaft engagieren, nicht einschüchtern.

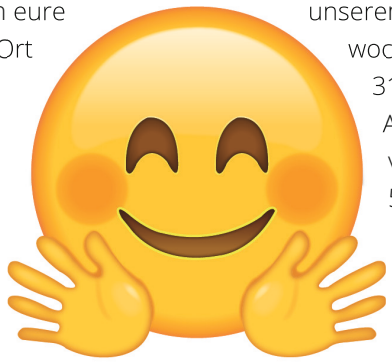
Was müsst ihr tun?

Erstellt unter www.datenschmutz.de/cgi-bin/auskunft Ersuche an LKA und Verfassungsschutz Niedersachsen, unterschreibt diese und sendet uns diese mit Kopien eures Personalausweises bis 1. Aril an: Jusos Niedersachsen, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover.
Wir werden diese dann gesammelt einreichen und ihr bekommt dann nach einiger Zeit die Antwort per Post. Vielen Dank im Voraus für eure Hilfe!!! Wendet euch bei Fragen gerne an leonard.kuntscher@jusos-niedersachsen.de.

Von Leonard Kuntscher

Liebe Neumitglieder, liebe Genossinnen und Genossen,

wir freuen uns, immer mehr neue Mitglieder in unseren Reihen willkommen heißen zu können. Schon im vergangenen Jahr, vor dem Schulzzug, konnten wir viele Neueintritte verzeichnen, sodass wir auf über 5.800 Jusos landesweit zugelegt haben.
Gerade wenn ihr in den letzten Wochen eingetreten seid, könnt ihr es sicher kaum abwarten loszulegen. Erste Ansprechpartner für euch sind dabei die Juso-Unterbezirke bzw. -Kreisverbände. Sucht am besten eure Jusos vor Ort auf Facebook und schaut beim nächsten Treffen vorbei.



Wir als Juso-Landesverband würden uns freuen euch bei einer unserer Veranstaltungen zu treffen, zum Beispiel unserem Verbandswochenende vom 31. März bis 2 April in Cuxhaven (siehe S. 5). Infos zu unserer Arbeit bekommt ihr abgesehen von unserem Newsletter auch auf Facebook, Twitter (@jusosnds) oder Snapchat (@Jusos_nds). Bei Fragen könnt ihr euch natürlich auch immer gerne über die SocialMedia-Kanäle oder über info@jusos-niedersachsen.de an uns wenden.

Euer Juso-Landesvorstand